

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 9. 34. Jahrg.

25. Februar 1921

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitage. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3874.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsbacherstr. 85-88, III. Redaktionslokal:  
Montag. Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. : Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Bellagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition.

**Inhalt:**  
**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Unsere Mindestlöhne und die Kosten der Lebenshaltung im Jahre 1920. III. Rundschau. Wirtschaftsbeihilfen im Deutschen Buchdruckgewerbe. Die deutschen Konsumgenossenschaften gegen die Pariser Beschlüsse. — **Allgemeines:** Zum Anschluß des Deutschen Xylographenverbandes. Ortsberichte: Kaufbeuren. — **Der Betriebsrat:** Die Vorräte und ihre Lagerung in Fabrikbetrieben. — **Der Lithograph:** Reklamezeichner. — **Der photographische Mitarbeiter:** Die Breslauer Ortsgruppe der Photographen im Verbandsverbande 1920. — **Die Tapetenbranche:** Ortsberichte: Dessau, Formstedter; Einbeck, Formstedter. — **Feuilleton:** Senefelders Charakterzüge. — **Anzeigen.**

**Bekanntmachungen.**  
**Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.**

Briefadresse: z. Hd. des Geschäftsführers Alexander Czede, Berlin SW. 68, Markgrafstr. 73, III.

**Neunter Nachtrag**  
zum Verzeichnis der den Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe anerkennenden Firmen vom 1. Dezember 1919.

Nachstehende Firmen sind nachzutragen:  
**Kreis I. Lübeck.** Lübecker Kartonnagenfabrik Moll, Johannes, Komm.-Ges.  
**Kreis IV. Frankfurt a. M.** Modejournal-Verlag, Martens, M. G.  
**Kreis V. Lörrach.** Günther, Fritz, Lith u. Steindr. Stuttgart. Bodenmüller, Hugo Graph. Atelier.  
**Kreis VI. Nürnberg.** Peuser, R & Co., Kunstanstalt.  
**Kreis VII. München.** Bischoff, D. & R., Graph. Kunstanstalt.  
**Kreis VIII. Erfurt.** Kirdner, Friedr., Druckerei-Gesellschaft m. b. H.  
**Kreis IX. Dresden.** Großkopf, R., Nachfolger A. Friebel.  
**Kreis X. Berlin.** Hader, Karl.  
**Kreis XII. Aachen.** Biner, J P., Lithogr. und Steindr.  
Düren. Grysar, Jos., Lith. Kurstanst. u. Druckerei.  
Hoersch, Eug., & Orthaus, Lithogr. Anstalt und Steindruck.  
Köln a. Rh. Kölner Verlagsanst. u. Druck. A.-G., Rheindorf, Heinrich, Lith. Anstalt u. Steindr.  
Rheydt. Bovenschen, Peter, G. m. b. H., Lith. Anstalt und Steindruckerei.  
Deuben, Heinrich & Co., Rheydter Lithographische Kunstanstalt.  
Viersen, Rhld. Quack & Fischer, G. m. b. H., Buch- und Steindruckerei.

Nachstehende Firmen sind zu streichen:  
**Kreis III. Elberfeld.** Fastenrath, Albert.  
**Kreis IV. Kassel.** Bever, G., & Heeger.  
**Bad Homburg.** Zeuner, Carl, & Co.  
**Offenbach a. M.** Maier, Franz & Co.  
**Kreis V. Waldkirch in Baden.** Schumm, Alfred.  
**Kreis VI. Nürnberg.** Lion & Co., G. aph. Werke.  
**Arzberg i. B.** Schumann, Carl, Porzellanfabrik.  
**Kreis VIII. Ziegenrück i. Thür.** Ziegenrücker Holzstoff- und Pappfabrik, Keller, G. Eduard.  
**Kreis IX. Annaberg i. Erzgeb.** Wagner, Jul.  
**Kreis X. Königberg i. Pr.** Müller, G.  
**Kreis XI. Breslau.** Rister, Alwin.

Berlin, den 11. Februar 1921.

I. A.: Alexander Czede, Geschäftsführer.

**Internationaler Bund der Lithographen:**

**Tschescho-Slowakei:** Alle Arbeiter der Firma Ed. Strache, Warnsdorf (circa 250) stehen wegen Nichtanerkennung des Hilfsarbeitertarifes im Streik. 50 Kollegen (Lithographen und Steindrucker) sind an diesem Streik beteiligt.

**Belgien:** Der Streik der Formstecher ist beendet. Nach 5wöchigem Kampfe ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der geplante Lohnabbau ist verhindert und für die meisten der Kollegen eine Lohnerhöhung erstritten worden.

**Das internationale Sekretariat.**

I. A.: Francois Poels.

**Unsere Mindestlöhne und die Kosten der Lebenshaltung im Jahre 1920.**

III.  
So wenig an der gebrachten Aufstellung über die Gestaltung unserer Mindestlöhne im Jahre 1920 gekritelt werden kann, so sehr werden die gebrachten Zahlen und statistischen Aufzeichnungen über die Kosten der Ernährung oder die Kosten der Lebenshaltung der Anfechtung verfallen. Besonders die Calwerschen Reids Indexziffern, die eine Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes für eine Familie im Jahre 1920 um das Dreifache ausweisen, werden der Gegenstand der Anfechtung sein. Gewiß ist es richtig, daß auch in der Vorkriegszeit eine Arbeiterfamilie nicht soviel für die Nahrungsmittel ausgeben konnte, wie der dreifache Betrag der Ration des Marinesoldaten ausmacht. Trotzdem aber kann nicht bestritten werden, daß die Kosten der Ernährung — ungeredet der Verschlechterung der Waren — bei gleichgroßen Mengen gegen die Vorkriegszeit um das Dreizehnfache gestiegen sind.

Wer die gebrachten Statistiken einmal besonders darauf hin prüft, in welchem Verhältnis die Kosten der Ernährung zu den Kosten der Lebenshaltung überhaupt stehen, wird finden, daß die statistischen Aufnahmen Kuczynskis, im Gegensatz zu Dr. Elsaß, der für Lebensmittel die Zahl 60 einsetzt, im Durchschnitt nur auf die Zahl 45 kommen. Aber wenn man die von Kuczynski eingesetzten Kosten der Ernährung mit den durchschnittlichen Kosten der Ernährung in der Vorkriegszeit vergleicht, ergibt sich eine Steigerung der Ernährungskosten im Jahre 1920 gegen das Jahr 1913 um das 10 1/2fache. Es ergibt sich aber auch, daß in dieser Aufstellung der Einwand, daß auch die Arbeiter den Krieg mit verloren haben und deshalb ihre Ansprüche zurückschrauben müssen, berücksichtigt worden ist, denn sonst müßte, wie schon angegeben worden ist, der Aufwand für Lebensmittel das Dreizehnfache der Vorkriegszeit betragen.

Um auch dem Einwand begegnen zu können, daß Kuczynski zu hohe Kosten für den notwendigen Lebensmittelaufwand einsetzt — seine übrigen Berechnungen zur Feststellung des Existenzminimums sind schon in der letzten Aufstellung mit enthalten, geben wir bekannt, was Kuczynski für den Monat Januar 1921 an Nahrungsmitteln für notwendig hält und überlassen es dem einzelnen Kollegen, an Hand seines eigenen Haushaltsbudget festzustellen, ob zu hohe Einsätze gemacht worden sind. Kuczynski stellt fest: In den vier Wochen vom 3. bis zum 30. Januar wurden an die Bevölkerung von Berlin verteilt:

	Preis Januar 1921 Pfg.
7600 Gramm Brot . . . . .	1800
600 „ „ „ „ . . . . .	510
1000 „ „ „ „ . . . . .	2184
90 „ „ „ „ . . . . .	360
700 „ „ „ „ . . . . .	532
<b>Zusammen</b>	<b>5386</b>

Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6500 Ka-

lorien, d. h. ungefähr soviel wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes vom 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11200 Kalorien, der einer Frau etwa 16800 und der eines Mannes etwa 21000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11200—6500—4700 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 Mk., für eine Frau auf 39 Mk., für einen Mann auf 54 Mk.

	Preis Januar 1921 Pfg.
Rationierte Nahrungsmittel	1347
3000 Gramm Kartoffeln . . . . .	309
250 „ „ „ „ „ „ . . . . .	145
250 „ „ „ „ „ „ . . . . .	220
125 „ „ „ „ „ „ . . . . .	325
<b>Zusammen für ein 6—10jähr. Kind</b>	<b>2346</b>
1500 Gramm Kartoffeln . . . . .	155
250 „ „ „ „ „ „ . . . . .	260
250 „ „ „ „ „ „ . . . . .	220
2500 „ „ „ „ „ „ . . . . .	350
500 „ „ „ „ „ „ . . . . .	285
125 „ „ „ „ „ „ . . . . .	325
<b>Zusammen für eine Frau</b>	<b>3941</b>
2000 Gramm Gemüse . . . . .	280
250 „ „ „ „ „ „ . . . . .	175
125 „ „ „ „ „ „ . . . . .	325
500 „ „ „ „ „ „ . . . . .	500
250 „ „ „ „ „ „ . . . . .	225
<b>Zusammen für einen Mann</b>	<b>5446</b>

Ganz sicherlich enthält dieser Speisezettel keine Genüsse, die man glattweg als zu einem Arbeiterhaushaltsbudget nicht zugehörig streichen könnte. Im Gegenteil ist diese Aufstellung so, daß sie ruhig etwas reichhaltiger sein könnte ohne dem Arbeiter zu schaden. Aber gerade ob der Einfachheit dieser Berechnung — auch die übrigen in Ansatz gebrachten Posten düfteten sich in der Mehrzahl der Fälle nur um sehr wenig zu reduzieren lassen — ist sie geeignet, als eine Grundlage für das ganze Reich zu gelten, natürlich mit Ausnahme des linksrheinischen und des Industriegebiets. Es dürfte deshalb auch nicht als verfehlt zu betrachten sein an Hand der Kuczynskischen Berechnung des Existenzminimums einen Vergleich zu ziehen, wie sich demgegenüber unsere Mindestlöhne im Jahre 1920 gestaltet haben.

Um auch hier dem Einwand der Mache zu begegnen, seien deshalb im Vergleich auch nur die für Berlin geltenden Mindestlöhne in Berechnung gebracht. Es dürfte der Kollegenschaft im Reiche nicht schwer fallen auch unter Berücksichtigung der in den Tarifen wirksamen Ortsstaffeln eine eigene Rechnung aufzumachen. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß die geltenden Ortsstaffeln als zu Recht

bestehend angesehen werden, sondern nur der Tatsache Genüge geleistet sein. Zieht man die geltenden Mindestlöhne für alle über 24 Jahre alten, im Steindruck, Lichtdruck, Kunstdruck, Chemigraphie oder Formstechergewerbe tätigen und in Berlin verheiratet lebenden Gehilfen zusammen und errechnet dann den Durchschnitt, so ergibt sich als Gegenüberstellung folgendes:

Wöchentlicher Verdienst in den einzelnen Monaten in Mark.

Im Monat 1920	Lithographen-Steindrucker	Lichtdrucker-schwarz	Chemigraphen	Kunstdrucker	Formstecher
Januar	129	126	114	155	120
Februar	135	145	139	155	150,24
März	165	145	151	190	156
April	175	175	174	195	168
Mai	180	190	187	200	216
Juni	215	220	199	230	240
Juli	220	220	199	240	240
August	220	220	199	240	240
September	220	220	199	240	240
Oktober	235	235	214	255	240
November	235	235	214	255	240
Dezember	235	235	214	255	259,20
Januar 1921	260	255	239	280	268,80

Kosten der Lebenshaltung (Kuczynski) und Durchschnittsverdienst.

Im Monat 1920	Existenzminimum Mk.	Durchschnittlicher Wochenlohn Mk.	Bilanz Mk.
Februar	256	144,85	-111,15
März	320	161,50	-158,50
April	366	177,40	-188,60
Mai	370	194,60	-175,40
Juni	295	220,80	-74,20
Juli	328	223,80	-104,20
August	303	223,80	-79,20
September	296	223,80	-73,20
Oktober	317	235,80	-81,20
November	316	235,80	-80,20
Dezember	330	239,60	-89,40
Januar 1921	323	260,56	-62,44

Diese Aufstellung zeigt ganz deutlich, daß dem Verband im vergangenen Jahre doch gelungen ist, die Lebenslage der Kollegenschaft wesentlich zu verbessern. Wenn man noch einen weiteren Vergleich ziehen will, dann stelle man unsere Mindestlöhne denen in der Metall- und Holzindustrie im vergangenen Jahre gezahlten Mindestlöhnen gegenüber. Es wird sich dabei ganz sinnenfölig erweisen, daß wir mit unseren Löhnen nicht nur gut vorwärts gekommen sind, sondern zum Teil schon die Löhne jener Berufe erreicht haben, die einen viel größeren wirtschaftlichen Druck bei ihrer Lohngestaltung in die Wagschale zu legen haben. Auch in diesem Zusammenhange erweist sich die schon wiederholt aufgestellte Behauptung als wahr, daß es in unsern Berufen nur durch Ausdauer und Stetigkeit möglich ist durchzusetzen, was anderen Berufen durch ihre Lebensnotwendigkeit möglich ist in kürzerer Zeit zu erringen. Deshalb wird auch bei Einnahme einer anderen gewerkschaftlichen Stellung bei gleichen Preisrevolutionen für unsere Berufe kaum ein anderes Ergebnis zu erzielen sein, als der Verband seinen Mitgliedern auf den Jahrestisch zu legen vermochte.

Das ständige Minus, das unsere Mindestlöhne im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung ausweisen, ist natürlich in jeder Lohnverhandlung den Unternehmern in geeigneter Weise aufs Brot gestrichen worden. Aber die Unternehmer ziehen aus dem ständigen Minus lediglich den Schluß, daß diese Berechnung der Kosten der Lebenshaltung nicht stimmen kann. Sie sind der Meinung, daß anders die Gehilfenchaft hätte untergehen müssen. Da aber festgestellt werden könnte, daß sich das gesundheitliche Aussehen der Gehilfenchaft im Gegensatz zur Kriegszeit ganz wesentlich verbessert habe, sei die Richtigkeit ihrer Ansicht bewiesen. Ganz ohne Zweifel ist das bessere Aussehen der Gehilfen in gesundheitlicher Hinsicht vorhanden, konnte aber auch nur auf

Kosten aller anderen Lebensnotwendigkeiten ermöglicht werden. Mit den von Kuczynski in seiner Berechnung eingesetzten Lebensmitteln ist eine solche Besserung des Gesundheitszustandes nicht möglich und so wanderte eben der übergroße Teil des Lohneinkommens für die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel im Handumdrehen fort.

Wie bitternotwendig solche Handlung der Arbeiterschaft war, wie sehr die Arbeiterschaft verpflichtet war, ihren Gesundheitszustand zu heben, beweist der Geschäftsbericht des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose. Während im Jahre 1913 in Städten mit über 15000 Einwohnern auf 10000 Einwohner 15,7 Prozent an Tuberkulose starben erhöhte sich die Zahl im Jahre 1919 auf 27,1 Prozent. In den Industriezentren trat die Seuche besonders kraß auf. In Berlin mußte 1920 festgestellt werden, daß von 48500 untersuchten Kindern 29000 tuberkulosekrank, 77000 krank und stark unterernährt, 120000 überhaupt unterernährt sind. Nicht viel besser liegt es in den anderen Großstädten. Diese Zahlen reden eine Sprache die jedem, der ob der Haltung der Arbeiterschaft auch nur einen Stein zu werfen wagt, als nicht ganz zurechnungsfähig von selbst kaltstellt.

Natürlich blieben bei solcher Abwehr des schlimmsten Feindes des Arbeiters, der Krankheit, alle anderen notwendigen Lebensbedürfnisse unbefriedigt. Ganz abgesehen von den ideellen Lebensbedürfnissen, geriet die Kleidung in einen geradezu schauerhaften Zustand. Die Wäschepinde sind heute in jedem Arbeiterhaushalte lediglich nur noch Aufbewahrungsorte für hundertfach geflickte Lappen oder überhaupt Lumpen. Der Zustand ist eingetreten, wo es eben nicht mehr weiter geht und auch diese Bedürfnisse befriedigt werden müssen. Von einem Lohnabbau kann deshalb auch gar keine Rede sein. Im Gegenteil. Wenn abgebaut werden soll, kann es sich nur um einen Abbau aller Preise lebensnotwendiger Bedürfnisse handeln. Inwiefern ein solcher Abbau der Warenpreise angesichts der neuesten Forderungen der Entente und eine Belebung des gesamten Wirtschaftslebens unter diesem Diktat möglich sein wird zu untersuchen, überschreitet zu weit den Rahmen dieser Abhandlung.

Aber mit Sicherheit ergeben vorstehende Ausführungen, daß in der Frage der Lohngestaltung auf dem bisher innegehaltenen Wege weiter vorwärts geschritten werden muß. Im vergangenen Jahre ist zweifellos etwas erreicht worden, aber leicht ist es wirklich nicht gewesen. Die Zahl der Arbeitslosen und der damit natürlich verbundene schlechte Beschäftigungsgrad hat nur zu oft hemmend gewirkt. Trotzdem ist es vorwärts gegangen. Es muß auch weiter vorwärts gehen. Auch wenn die Kosten der Lebenshaltung stabil bleiben. Wir können und dürfen auf Lohnaufbesserung nicht verzichten, weil unsere Existenzmöglichkeit sichergestellt werden muß und wir auch in höherem Grade als bisher von den Kulturerrungenschaften mitgenießen wollen. Da auch unsere Unternehmer auf alle Berechnungen der Kosten der Lebenshaltung keinen Pfifferling geben und noch stets mit der Behauptung operiert haben, Lohnerhöhungen untergraben die Konkurrenzfähigkeit des Gewerbes, ihre Betriebe aber trotzdem bis auf wenige Ausnahmen ganz dralle Backen bekommen haben, werden wir unsere Forderungen auch weiterhin stellen, nicht nur zur Befriedigung des unumgänglich Notwendigen, sondern auch zur Befriedigung von Kulturbedürfnissen, auf die auch wir ein Anrecht haben. Aber alle unsere Forderungen werden nur dann wenigstens in einem gewissen Rahmen realisiert werden, wenn durch Einheit und Geschlossenheit der notwendige Druck dahintersteht. Anders dagegen sind wir nichts und die Last des Tages wälzt sich ganz auf unsern Rücken.

**Richtigstellung:** In die in Nr. 7 der 'Graphischen Presse' im Leitartikel gebrachte Lohnstatistik für das Steindruckgewerbe hat sich insofern ein unangenehmer Fehler eingeschlichen, als dort die beim Tarifabschluß am 1. Juni erreichte Lohnzulage von 40 Mark als für alle über 24 Jahre alte Gehilfen geltend angenommen worden ist. Da jedoch in Orten bis zu 25000 Einwohnern nur 30 Mark und in Orten von 25000 bis 100000 Einwohnern nur 35 Mark zu ercheiden waren, muß die gebrachte Aufstellung wie folgt geändert werden:

Löhne am:	0%	7 1/2%	15%	20%	25%
1. 1. 20	95,—	99,50	104,—	107,—	110,—
11. 1. 20	120,—	124,50	129,—	132,—	135,—
14. 3. 20	145,—	149,50	154,—	157,—	160,—
22. 3. 20	155,—	159,50	164,—	167,—	170,—
19. 4. 20	165,—	169,50	174,—	177,—	180,—
1. 6. 20	185,—	193,50	201,—	204,—	207,—
21. 6. 20	195,—	204,50	214,—	217,—	220,—
1. 1. 21	220,—	229,50	239,—	242,—	245,—

**Rundschau.**

**Die Beitragslast.** Verbandsbeiträge zahlen anscheinend auch die Unternehmer nicht gern. Welchen Wert aber eine naturgemäß mit Beitragszahlung verbundene Interessenvetretung hat, beweist der Jahresbericht eines Arbeitgeberverbandes der folgende Rechnung aufmacht:  
Wenn beispielsweise der Verband für seine Mitglieder, wie es bei der Novemberförderung der Arbeiterschaft für die Gruppen I und II der Fall gewesen ist, einem um 20 Pf. niedrigeren Stundenlohn durchdrückt, als der einzelne nicht organisierte Arbeitgeber zahlen müßte, so ergibt sich für jeden angeschlossenen Betrieb, je nach Größe, folgende Ersparnis:

bei 10 Arbeitern i. Jahre zu 300 Arbeitst. 4800 Mk.  
" 50 " " " 300 " 24000 "  
" 100 " " " 300 " 48000 "

Dasselbe Bild ergibt sich natürlich auch, wenn es der Interessenvetretung der Arbeiter durch Geschlossenheit und finanzielle Schlagkraft möglich ist, einem um 20 Pfg. höheren Stundenlohn durchzusetzen, als es den Unternehmern notwendig erscheint. Daraus folgt, um mit der 'Deutschen Arbeitgeberzeitung' zu sprechen, daß das Fernbleiben von der Organisation oder das Ausscheiden aus derselben mit den mit der Verbandszugehörigkeit verbundenen Beitragskosten niemals begründet werden darf, da die Kosten der Organisation durch Lohnerhöhung um das Vielfache wieder eingebracht werden.

**Die Einheitsfront der Unternehmer.** Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet, daß sich dort eine 'Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für Hessen Nassau' gebildet hat. Aus deren vorliegenden Geschäftsordnung geben wir nachstehend einige Punkte wieder:

Punkt 2. a) Alle auf das Gebiet der Tarif- und Lohnpolitik bezüglichen Unterlagen und schnellste gegenseitige und vollständige Unterweisung über die von den Arbeitnehmern erhobenen Forderungen und mit diesen abgeschlossenen sowie abzuschließenden Verträge.

b) Gemeinsame Besprechungen zur Herbeiführung eines möglichst einheitlichen Verhaltens gegenüber der Arbeitnehmerschaft, unter Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Verbände und Anregung zur Bildung von Bezirksgruppen.

c) Laufende Unterrichtung der Berliner Zentrale (V. D. A.) über die Vorgänge und Auffassungen im Bereich der Austauschstelle in Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, sowie Einladung zu den Zusammenkünften.

**Ausbreitung des Gewerkschaftswesens in Palästina.** Die jüdischen Arbeiter und Beamten der palästinensischen Eisenbahnen, sowie des Post- und Telegraphenwesens haben sich zu einer Berufs-genossenschaft vereinigt. Ferner wurde in einer kürzlichen Sitzung des Beamtenevereins in Jerusalem beschlossen, einen Schlichtungsausschuß zu wählen. Denselben Beschluß faßten auch die Beamten und Angestellten der jüdisch-amerikanischen Sanitätsinstitution 'Hadassah'. Es wurde beschlossen, die neuen Organisationen der kürzlich begründeten 'Gesamtgewerkschaft aller Arbeiter Palästinas' (Ichuth) anzuschließen.

**Gegen die Arbeitslosigkeit.** Die Exekutivkommission der englischen Arbeiterpartei hat gemeinsam mit der parlamentarischen Gruppe der Gewerkschaften ihre Forderungen betreffs der Beseitigung bzw. Linderung der Arbeitslosigkeit aufgestellt; sie werden dem demnächst stattfindenden Arbeiterkongreß unterbreitet. Diese Forderungen sind 1. Anwendung einer vierundvierzigstündigen Arbeitswoche, 2. der Staat soll den verheirateten Arbeitslosen wöchentlich zwei englische Pfund (ungefähr 480 Mk.) bezahlen, den unverheirateten aber wöchentlich 25 Schilling (ungefähr 290 Mk.), 3. für die arbeitslosen Frauen sollen Lehranstalten für das Erlernen neuer Erwerbszweige errichtet werden,

4. das schulpflichtige Alter soll von 14 auf 16 Jahre erhöht werden, 5. die Arbeiterschaft verwirft mit allem Nachdruck das von der englischen Regierung empfohlene Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, nämlich die Einführung der kurzen Arbeitszeit (short time).

**Hat die Lebensversicherung Zweck für die Arbeiterfamilie?** In vielen Fällen wird die Frage glatt verneint, während sie für den Geschäftsmann, Kauf- und Handelsmann, den Handwerker oder jeden Selbständigen bejaht wird. Der Arbeiter stützt sich vielfach auf die Sozialversicherung, die in Fällen der Krankheit, Invalidität, Unfall, Alters- und Arbeitslosigkeit und selbst beim Tode Unterstützung gewährt. Für die Frau ist die Wöchnerinnenunterstützung hinzugezogen. Obwohl über die niedrigen Unterstützungssätze immer geklagt und zu wenig beachtet wird, daß deren Erhöhung nur durch erhöhte Beiträge möglich ist, die auch nicht gern bezahlt werden, überlegen die wenigsten, welches Schicksal der Familie nach dem Tode des Ernährers beschieden ist. Daß nahdier die bitterste Not einzieht als Ursache so vieler Verbrechen, der Prostitution usw., bedenken die meisten nicht. Und wer möchte gern absichtlich seine Angehörigen unter solchen Verhältnissen leiden sehen? Aber in Millionen Fällen treten diese Gefahren ein als Folgen von Nachlässigkeit und Unterlassungssünden der Väter. Deren Aufgabe ist es, vorzubeugen durch die Lebensversicherung. Die Amosität gegen die Lebensversicherungsgesellschaften erhöht die Gefahr. Da die Volksfürsorge die Mißstände der Privatversicherung nicht kennt, wird auch der Widerstand zahlreicher Arbeiterfamilien durch Klarlegung ihrer Einrichtungen schwinden. Ihn zu brechen, muß Aufgabe unserer Kollegen sein. Dann ist die Zweckmäßigkeit der Lebensversicherung in der Volksfürsorge bald erkannt.

**Wirtschaftsbeihilfen im Buchdruckgewerbe.**

Die beim Neuausschluß des Buchdrucker tarifwesentlichen Teuerungszulagen waren ob ihrer Wichtigkeit nicht zuletzt die Ursache mit, daß sich eine so verhältnismäßig starke Minderheit bei der von der Gehilfenschaft vorgenommenen Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Beratungsergebnisses für deren Ablehnung ergab. Aber auch die Zustimmung gaben ganz deutlich zu erkennen, daß die erfolgte Neuregelung der Lohnverhältnisse durch die Ereignisse des Tages schon wieder überholt sei und in kürzester Zeit, noch ehe der angesetzte Termin des 31. März, als Ablaufzeit des Lohnabkommens erreicht sei, eine abermalige Beratung stattfinden müsse und die Löhne um ein weiteres vorwärts geschoben werden müßten.

Die sich als falsch erwiesene Annahme, daß nach der Beratung des Tarifausschusses der Buchdrucker eine wesentliche Senkung der Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse eintreten werde, hat angesichts der Notlage der Buchdrucker die Gehilfenkreisvertreter veranlaßt, schon im Dezember v. J. beim Tarifamte den Antrag auf sofortige Einberufung des Tarifausschusses einzureichen, um zu einer weiteren Erhöhung der Teuerungszulagen Stellung nehmen zu können. Wie schon bekannt, lehnte jedoch das Tarifamt diesen Antrag gegen die Stimmen sämtlicher Gehilfenvertreter noch kurz vor Jahreschluß ab und schuf jene Situation, die sehr leicht zu einem Riesenkampfe im Buchdruckgewerbe führen konnte. Die eigenartige Stellungnahme der Unternehmervertreter im Tarifamte, die ganz ohne Zweifel nach den eigenartigen Ansichten des deutschen Buchdruckervereins orientiert war, zeigte ganz deutlich, daß auch die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe des Glaubens sind, daß die Zeit der Erhöhung der Löhne vorbei sei. Die durch die Haltung der Unternehmervertreter im Tarifamt eingenommene Pose des starken Mannes erzeugte Erregung in der Gehilfenschaft hat dann aber den Hintermännern die Erkenntnis eingehämmert, daß sie drauf und dran sind, das ganze Buchgewerbe in einen Scherbenhaufen zusammenzuschlagen, und die für den 26. Januar einberufene Hauptversammlung des deutschen Buchgewerbevereins hatte neben der absichtlichen Verzögerung der unbedingt notwendigen Neuregelung der Löhne die Aufgabe, den festgefahrenen Karren wieder auf das Gleis des tariflichen Rechtes zu schieben.

Die Gehilfenvertreter, der Vorstand, wie überhaupt alle an verantwortlicher Stelle stehenden Personen im Gehilfenverbande haben keine Gelegenheit versäumt, die zu einer gerechten und vertragsgemäßen Lösung des durch die Unternehmer hervorgerufenen Konfliktes führen könnte. Eine von der Organisationsleitung der Buchdrucker geforderte Aussprache zwischen den beiden Tarifkontrahenten, die am 28. Januar im Buchgewerbehaus zu Leipzig stattfand, konnte aber erst nach mehrstündigen Beratungen den Erfolg auf Gehilfenseite buchen, daß die Unternehmer ihren Widerstand gegen die Einberufung des Tarifausschusses aufgaben. Durch den in dieser Konferenz gefaßten Beschluß, den Tarifausschluß so schnell wie irgend möglich einzuberufen, war auch der Widerstand der Unternehmervertreter im Tarifamt gebrochen und das Tarifamt beschloß, den Tarifausschluß der deutschen Buchdrucker für Montag, den 7. Februar

und folgende Tage nach Leipzig zu berufen und folgende Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung zu setzen: 1. Antrag der Gehilfenvertreter: Weitere Erhöhung der Teuerungszulage, 2. Aussprache über die Lokalzuschläge, 3. Feststellung zu Bestimmungen des Tarifs, 4. Verschiedenes.

Der Tarifausschluß der deutschen Buchdrucker hat inzwischen vom 7. bis zum 12. Februar in Leipzig getagt. Wie nicht anders zu erwarten war, haben sich die Verhandlungen außerordentlich schwierig gestaltet. Die Forderung der Gehilfenschaft auf Gewährung einer wöchentlichen Teuerungszulage von 35 Mark für alle Gehilfen ohne Alters- und Ortsunterschied fand den heftigsten Widerstand der Unternehmer. Die Gegensätze prallten in der schärfsten Weise aufeinander und alle Versuche, die Basis der Verständigung zu finden, blieben ohne jeden Erfolg. Alle Anträge der Gehilfen auf Gewährung einer Teuerungszulage sowie der Vermittlungsantrag des Geschäftsführers des Tarifamtes auf Gewährung einer Beihilfe, erfuhren in beiden Lesungen eine Ablehnung durch die Unternehmer und nur ein Antrag der Gehilfen, die Verhandlungen über die Teuerungszulage vor dem Arbeitsministerium weiterzuführen, fand Annahme. Da man sich auch über die Frage erigte, das Arbeitsministerium als Schiedsgericht anzurufen, wurde beschlossen, dem Arbeitsministerium telegraphisch ein Ersuchen des Tarifausschusses zu unterbreiten, sich der Dringlichkeit halber Mittwochs, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, zu Verhandlungen mit den ernannten Vertretern bereit zu halten, und die Plenarverhandlungen am Donnerstag wieder aufzunehmen.

Diese Verhandlungen vor dem Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums brachten nach mehrstündiger Dauer folgenden Schiedsspruch:

»Der Schlichtungsausschuss ist der Ansicht, daß Teuerungsverhältnisse seit dem 3. November 1920 ungeachtet der zwischenzeitlichen Teuerung nicht so gestiegen sind, daß von einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse gesprochen werden kann. Zur Abgeltung aber der zwischenzeitlichen Teuerung ist den Gehilfen und anteilmäßig den Hilfsarbeitern über 21 Jahre eine Beihilfe zu gewähren, die wöchentlich beträgt in den Lohnklassen B und C:

- In den kleineren Orten mit einem Lokalzuschlag bis einschließlich 7 1/2 Proz. . . . . 10 Mk.
- in den mittleren Orten mit einem Lokalzuschlag bis einschließlich 17 1/2 Proz. . . . . 12 „
- und in den übrigen Orten . . . . . 15 „

Die Gehilfen im Berechnen erhalten die vorstehende Beihilfe nicht, wenn sie mehr als 15 Proz. über ihren Tariflohn während der ersten fünf Lohnwochen dieses Jahres verdient haben.

Soweit in einzelnen Betrieben nach dem Abkommen vom 3. November 1920 in Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse außer tarifliche Zulagen gewährt worden sind, können diese auf die obigen Beihilfen angerechnet werden.

Die Beihilfe ist während der Zeit vom 1. Februar bis 1. Mai 1921 zu zahlen und kann auf Wunsch der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in einem Gesamtbetrag von 130 bzw. 156 bzw. 195 Mk. oder in Teilbeträgen gezahlt werden; bis zum 1. Mai verlängert sich auch das gegenwärtige Lohnabkommen.

Diese Entscheidung, die in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft Rechnung trägt, wurde von den Vertretern der Gehilfen wie der Unternehmer mit dem Vorbehalte der endgültigen Zustimmung oder Ablehnung bis zum 13. Februar zur Kenntnis genommen. Nach erneuter dreitägiger Verhandlung im Plenum und in verschiedenen Kommissionen, in der auch die übrigen zur Tagesordnung stehenden Fragen beraten wurden, wurde dann in der Lohnfrage folgende Vereinbarung abgeschlossen:

»Der Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums hat festgestellt, daß der Nachweis einer wesentlichen Verteuerung der Lebensbedingungen seit Oktober v. J. nicht in dem Maße zu erbringen ist, als dies Voraussetzung für Bezahlung einer neuen wöchentlichen Teuerungszulage gewesen ist. Der Schlichtungsausschuss sowohl wie der Tarifausschluß haben jedoch in Anbetracht der Lage der häuslichen Verhältnisse der Gehilfen eine weitere Hilfe für erforderlich angesehen, die am besten mit der Zahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe geleistet wird.

Diese Wirtschaftsbeihilfe soll in den Lohnklassen B und C betragen:

- In Orten bis einschl. 7 1/2 Proz. Lokalzuschlag 130 Mk.
- „ mit mehr als 7 1/2—17 1/2 „ . . . . . 156 „
- „ den übrigen Orten . . . . . 195 „

zahlbar in drei Raten, und zwar mit je einem Drittel in den Monaten Februar, März und April, jeweils am dritten Zahltag.

Den Hilfsarbeitern über 21 Jahre ist ein anteilmäßiger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichstarife festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen.

Seit dem 3. November 1920 unter Vorbehalt gewährte außer tarifliche Zulagen können auf die obige Beihilfe angerechnet werden. Weihnachtsgeldzuwendungen sind nicht verrechnungsfähig.

Das seit dem 3. November 1920 abgeschlossene Lohnabkommen mit Einschluß der obigen Wirtschaftsbeihilfe hat nunmehr Geltung bis zum 1. Mai 1921.

Bei Einstellungen oder Entlassungen wird die Wirtschaftsbeihilfe anteilig gezahlt, und zwar nach den geleisteten Arbeitstagen.

Über die Einberufung des Tarifausschusses wurde in Anlaß der eigenartigen Haltung der Unternehmervertreter bestimmt, daß die Einberufung künftig stets zu erfolgen hat, wenn es eine der beiden Parteien einmütig verlangt.

**Die deutschen Konsumgenossenschaften gegen die Pariser Beschlüsse.**

Großverkaufsgesellschaft und Zentralverband deutscher Konsumvereine haben an die Genossenschaften aller Länder folgenden Protest gerichtet: »Am 17. Mai 1919 richteten die Unterzeichneten an die Genossenschaftler aller Länder einen Aufruf, der den Versailler Friedensvertrag als einen unerhörten Verstoß gegen alle genossenschaftlichen Anschauungen, Grundsätze und Bestrebungen brandmarkt, der allerschärfsten Widerspruch nicht nur der deutschen, sondern aller aufrichtigen Genossenschaftler der ganzen Welt hervorrufen müsse.

Die Unterzeichneten erklärten, daß der unter Mißbrauch des von dem deutschen Volke den Gegnern entgegengebrachten Vertrauens, unter hinterhältigem Bruch gegebener Zusicherungen und im Widerspruch mit Gerechtigkeit und Vernunft geplante Gewaltfriede ein Hohn auf das genossenschaftliche Ideal der Völkervernöhnung und des Völkerverfriedens sei und für diese eine dauernde, unerträgliche Gefahr darstelle, deren Abwendung sittliche Pflicht aller human und ehrlich denkenden Menschen und Völker sei.

Die weitere Entwicklung hat die Richtlinien unserer Auffassung bestätigt: Gewalt ist vor Recht gegangen! Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist weiterhin in schamloser Weise verstümmelt worden, die Bestimmungen des Friedensvertrages wurden in unehrlicher Weise zum Nachteil der Besiegten ausgelegt, und das Streben der durch den Zusammenbruch schwer bedrückten Völker nach Wiederaufrichtung mit einer Haß und Verzweiflung erzeugenden Grausamkeit absichtlich und willkürlich gehindert.

Aller Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit wird aber die Krone aufgesetzt durch die in Paris aufgestellten Wiedergutmachungsbedingungen, die das deutsche Volk auf Generationen hinaus zum wehrlosen Heloten des internationalen Kapitals erniedrigen und ihm mindestens auf ein Jahrhundert hinaus die Möglichkeit rauben werden, seine Industrie und seinen Handel, die Grundlagen seiner Existenz und seines Fortschritts, seiner Kraft entsprechend zu erlangen. Das deutsche Volk soll zu dauernder Besitzlosigkeit, zum Verzicht auf die bestedinsten Genüsse der Kulturmenschenheit zum langsamen körperlichen und geistigen Verkümmern verurteilt werden.

Ueber das Verbrechen an der Gesamtmenschheit, das in diesem kaltblütig gefaßten Beschlusse liegt, wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Die Springflut grenzenloser, gerechter Erbitterung, die es hervorruft, wird ihre verheerenden Wirkungen bald erkennen lassen. Wir begnügen uns damit, das unerhörte Verbrechen zu kennzeichnen, das an der internationalen Genossenschaftsbewegung begangen wird. Die unvermeidliche Verelendung des deutschen Volkes bedeutet auch die unvermeidliche Verelendung der deutschen Genossenschaftsbewegung, mit der einer der kräftigsten Zweige des internationalen Genossenschaftsbundes zum Hinsieden verurteilt wird. Wie könnte man noch von einer einheitlichen Genossenschaftsinternationale reden, wenn wichtige Teile unter Ausnahmegesetzen stehen, die aller Billigkeit und Menschlichkeit spotten, wenn man »Jede Millionen fächtiger und ehrlicher Genossenschaftler lebenslanglich zu bemitleidenswerten Sklaven jenes Systems der Ausbeutung und Knechtung stempelt, dessen Beseitigung das vornehmste Ziel aller genossenschaftlichen Tätigkeit ist? Für die lebendige und fruchtbare Teilnahme an der internationalen Genossenschaftsbewegung sind volle wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller ihrer Teile die unerläßliche Vorbedingung.

Deshalb protestieren wir gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz und richten an die Genossenschaftler aller Länder das dringende Ersuchen, im Interesse der genossenschaftlichen Internationale sich unserem Protest anzuschließen.

**Allgemeines.**  
 Bild für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

**Zum Anschluß des Deutschen Xylographen-Verbandes.**

Die wenigen Mitglieder des Deutschen Xylographen-Verbandes, die im Beruf arbeiten, haben sich am 1. Januar dieses Jahres dem Verband der Lithographen und Steindruckere angeschlossen. Der Deutsche Xylographen-Verband hat damit als selbständige Organisation nach einer langjährigen Tätigkeit aufgehört zu bestehen. Er ist aufgegangen in einer größeren Organisation, da ihm die Existenzmöglichkeit fehlte.

Der Deutsche Xylographen-Verband wurde im Jahre 1874 als Zentralverband gegründet. Die Berufsgruppe war immer eine kleine, wie es ja bei der Eigenart des Berufes nicht anders sein kann. Die höchste Mitgliederzahl betrug etwas über 500. Das Organisationsverhältnis dagegen war stets sehr gutes; es schwankte zwischen 85 und 90 Prozent.

Der Deutsche Xylographen-Verband stand von Anfang seiner Gründung an zu den freigewerkschaftlichen Grundsätzen. Die achtstündige Arbeitszeit war bereits zu einer Zeit eingeführt, wo sie in anderen Berufen nur als Forderung erhoben wurde. Auch der Ausbildung der Lehrlinge wurde von Anfang an, die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Die Herausgabe der Zeitschrift für Xylographen fällt gleichfalls mit der Gründung des Verbandes zusammen. Zunächst erschien sie nur aller acht Wochen. Dann aller sechs und vier Wochen. Die letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges zweimal im Monat. Die Zeitschrift für Xylographen war gleichzeitig das Publikationsorgan für das gesamte deutsche Sprachgebiet, da die Organisationen der Schweiz und Osterreich Ungarn mit dem Deutschen Xylographen-Verband einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen hatten. Diese Verbände, die an Mitgliederzahl noch kleiner waren als der Deutsche Xylographen-Verband, konnten sich natürlich kein eigenes Organ leisten.

Der Deutsche Xylographen-Verband führte auch bald nach seiner Gründung eine Krankenzuschkasse für seine erkrankten Mitglieder ein, die sich günstig entwickelte und auch heute noch besteht, aber vom Verband getrennt ist. Sie zählt heute noch über 400 Mitglieder, denn alle die Kollegen, die vom Beruf abgehen mußten, sind der Kasse als Mitglied treu geblieben.

Die weitere Entwicklung des Verbandes wurde aber Ende der achtziger Jahre durch den Puttkamerschen Streikerlaß unterbrochen. Die Zentralverbände mußten sich als solche auflösen und konnten nur als Lokalverbände weiter bestehen. Auch der Deutsche Xylographen-Verband verfiel der Auflösung. Der Verbandsauschuß befand sich zu dieser Zeit in Leipzig. Alle Vorstellungen bei der sächsischen Regierung blieben ohne Erfolg. Man befürchtete damals sogar die Konfiskation des Verbandsvermögens und beschloß aus diesem Grunde, die Krankenzuschkasse vom Verband zu trennen und den übrigen Teil des Vermögens in der Schweiz zu deponieren. Zwei Kollegen, die heute noch unter uns weilen, unternahm die Reise nach Zürich und deponierten die Verbandselder bei der Züricher Kantonalbank. Dabei blieb es denn auch bis zum Kriegsausbruch 1914.

Die Lokalverbände beschränkten sich auf die Städte Leipzig, Stuttgart, Berlin, Braunschweig und Düsseldorf; sie blieben aber in enger Fühlung, so daß die Zentralisation eigentlich nur dem Namen nach aufgehoben war. 1900 fiel dann das Verbot der Inverbindung treten der Gewerkschaften. Im gleichen Jahre fand ein Kongreß in Kassel statt, der wiederum die Zentralisation beschloß. Am 1. Januar 1901 nahm der Deutsche Xylographen-Verband seine Tätigkeit für das gesamte deutsche Sprachgebiet wieder auf.

In den beruflichen Verhältnissen begann aber Mitte der achtziger Jahre eine starke Umwälzung ihren Anfang zu nehmen. Die photomechanischen Verfahren, die Autotypie und Strichätzung fanden als Buch- und Zeitschriftenillustrationsverfahren immer mehr Verwendung. Dem belletristischen Holzschnitt wurde sein Arbeitsgebiet streitig gemacht. Damit nahm auch die Arbeitslosigkeit, die man bis dahin nicht kannte, ihren Anfang. Der Verband erachtete es als seine Pflicht, die arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde eingeführt. — Um den Arbeitsmarkt nicht noch mehr zu drücken, wurden zu nächst 24 Mark pro Woche Unterstützung gezahlt. Sie betrug dann 21 Mark pro Woche. Vor Kriegsausbruch war die Unterstützung gestaffelt, sie richtete sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und betrug 12 bis 18 Mark pro Woche. Die Entwicklung der photomechanischen Verfahren ging aber unaufhaltsam weiter. Der belletristische Holzschnitt wurde verdrängt; die großen Verlage Union, Deutsche Verlagsgesellschaft, Rihl, Bong & Co., die Leipziger illustrierte Zeitung, sie alle lösten ihre xylographischen Abteilungen auf, und damit hatte auch der belletristische Holzschnitt sein Ende erreicht. Die Kollegen mußten früher oder später den Beruf aufgeben und sich eine andere Existenz suchen. Nur ein sehr geringer Prozentsatz fand in der Chemigrafie als dem verwandtesten Arbeitsgebiet Aufnahme.

Der belletristische Holzschnitt hatte in Deutschland eine sehr hohe Stufe seiner Leistungsfähigkeit erreicht. Als Beweis dürfte dafür wohl sprechen, daß zahlreiche deutsche Kollegen an den ersten ausländischen illustrierten Zeitungen beschäftigt waren, teilweise sogar in leitenden Stellungen. Heute bringt keine illustrierte Zeitung mehr einen belletristischen Holzschnitt; wir sehen ihn nur noch als Originalschnitt in Ausstellungen.

Die industrielle Entwicklung Deutschlands hatte aber gleichzeitig auch einen starken und günstigen Einfluß auf einen weiteren Zweig des Holzschnittes, den technischen Holzschnitt. Das große Bedürfnis nach Reklame, die Ausstattung von Katalogen usw. bedingte, daß dieser Zweig des Holzschnittes sich noch eine ganze Reihe von Jahren im Gegen-

satz zum belletristischen Holzschnitt behauptete und entwickelte, obgleich auch hier die Konkurrenz der photomechanischen Verfahren eine immer größere Rolle spielte. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Gruppe wurden durch Abschluß eines Reichstarifvertrages mit dem Bunde Xylographische Anstalten Deutschlands geregelt. 1909 wurde der erste Tarif auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen. 1912 erfolgte der zweite Tarifabschluß. Die Lage des Berufes wurde aber auch hier eine immer bedrückendere, so daß sich die Prinzipale verpflichteten, auf die Dauer von drei Jahren keine Lehrlinge mehr auszubilden, dem auch nachgekommen wurde. Dann kam 1914 der Krieg und damit eine allgemeine Arbeitslosigkeit. Das Erscheinen der Zeitung mußte eingestellt werden, da sie einen immer größeren Zuschuß erforderte, den wir nicht länger unter diesen Umständen tragen wollten. Die Verbandsleitung beschloß, zwei Drittel des Vermögens, rund 18000 Mark, zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder und für die Familien der Eingezogenen auszugeben. Aber die lange Dauer des Krieges, dazu seine Nachwirkungen und die große wirtschaftliche Krise haben dazu beigetragen, daß die Organisation zusammenbrechen mußte. Der Deutsche Xylographen-Bund konnte als selbständige Organisation nicht mehr bestehen. Die wenigen Kollegen, die im Beruf noch tätig sind, sind über das ganze Reich verteilt. Die Verbandsleitung sah deshalb das einzige Mittel nur im Anschluß an den Verband der Lithographen und Steindruckers, um auch den Xylographen wieder eine festere Organisation zu geben. Dem Anschluß wurde einstimmig zugestimmt. Die Xylographen haben damit wieder eine Organisation und damit auch den ersten Schritt zur Besserung ihrer Verhältnisse getan.

Bl.

## Ortsberichte.

**Kaufbeuren.** So mancher Kollege wird sich freuen, aus unserer ehemals »berühmt« gewesenen Zahlstelle etwas zu hören. Am Samstag, den 22. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt und konnte i. Vorsitzender Kollege Müller in seinem Jahresbericht mit Zustimmung der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Anwesenden über die geleistete Arbeit des Verbandsvorstandes seine Zustimmung geben. Nur die Verwendung des Geldes wurde lebhaft kritisiert, besonders auch von den älteren Kollegen dahingehend, daß man im Hinblick auf die neue Beitragserhöhung erst mal die alten Schulden bezahlen soll. Lebhaftige Klage wurde auch geführt, daß die Unterstützungssätze der Kranken und Invalidenkasse bei Beitragserhöhungen nie berücksichtigt werden und speziell die älteren Kollegen nie zu ihren Rechten kommen. Ein Kollege vertrat die Auffassung, daß das ganze Unterstützungswesen für uns einen Hemmschuh bedeutet, und desto besser, wenn damit aufgeräumt würde, und bezeichnete deshalb die in den letzten zwei Nummern der »Graphischen Presse« erschienenen Aufsätze des Kollegen Landa als Musterbeispiel wie man sich sachlich über Gegensätze aussprechen soll, wie überhaupt in der Redigierung der »Graphischen Presse« in letzter Zeit eine bedeutende Besserung zu spüren sei. Kampfesorganisation, nicht Unterstützungsverein, muß unsere Parole sein. Wie überall im Reich, sind auch hier in dieser Frage die Auffassungen scharf getrennt, was auch schon bei früheren Veranlassungen heftige Debatten hervorrief. Mit dem Appell, auch im neuen Jahre sich als lebhaftes Interesse zeigende Verbandskollegen zu bemühen, schließt der Vorsitzende die anregend verlaufene Generalversammlung.

## Der Betriebsrat

### Die Vorräte und ihre Lager in Fabrikbetrieben.

Wer die Aufgaben der Betriebsräte lediglich von dem Gesichtspunkte des Herausholens mehr oder weniger Vorteile für die Arbeiterschaft betrachtet, macht sich der Sünde schuldig, die Betriebsräte zu einer nur wenig verbesserten Aufgabe der gerechterweise entschuldenen, völlig einflußlosen Arbeiterschuße zurück zu drücken. Hiergegen müssen sich die Betriebsräte mit allen Mitteln wehren schon allein deshalb, weil auch die Unternehmer mit dem gleichen Mittel zu arbeiten beginnen. Gewiß soll der Betriebsrat immer, wo sich nur Gelegenheit bietet für die Interessen der Arbeiter wirken, aber in erster Linie muß es sein Bestreben sein, in den Produktionsprozeß einzudringen, um ihn beherrschen zu lernen. Denn von der Kenntnis der Produktion hängt wesentlich ab die von den Arbeitern mit Recht geordnete Kontrolle der Produktion. Solange die Betriebsräte nicht den Gang der Produktion beherrschen, dürfen sich immer die mit allen Wassern der modernen Wirtschaftsweise gewaschenen kapitalistischen Diktatoren der Industrie genügend Gelegenheit finden, die Betriebsräte hinteres Licht zu führen und zu Dingen mißbrauchen, die im direkten Gegensatz zum Prinzip der Aufrichtung einer planvollen Gemeinschaft liegen.

Die Einarbeitung der Betriebsräte in das Getriebe der industriellen Produktion ist mit außerordentlichen Hindernissen verbunden und der Weg dorthin mit sehr spitzen Steinen gepflastert. Neben reichlich praktischer Arbeit muß intensive theoretische stehen und für die Betriebsräte gibt es keinen andern Weg, wollen sie die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen, als sich mit beiden Beinen voll und ganz in die Produktion hineinzuwerfen und immer mit offenen Augen alle sich zeigenden Dinge zu betrachten. Aber auch das wird nicht so einfach sein, weil die Betriebsräte ständig von der Gegenseite mit Behinderungen zu rechnen haben und erst diese Widerstände immer wieder überwinden müssen. Schon allein daraus ergibt sich, daß das Eindringen der Betriebsräte in den Mechanismus der Produktion ein Prozeß ist, genau so, wie die Umstellung der gesamten Wirtschaft auch nur ein Prozeß sein kann. Nur aus der ständigen Wechselwirkung des Angriffes des Bestehenden und der Aufzeigung dessen, was eigentlich getan werden mußte, gewinnen die Betriebsräte den notwendigen Boden zur Mitbestimmung im Produktionsprozeß, die ihnen aber auch zugleich die Pflicht der ständigen praktischen Mitarbeit auferlegt. Diese ständige praktische Mitarbeit kann aber erfolgreich nur in der Entwicklungslinie der ergebnisreicheren Gestaltung der Produktion liegen, ohne die auch der Sozialismus nicht zu leben vermag. Obwohl es ganz zweifellos ist, daß ein wesentlicher Teil des Erfolges dieser Mitarbeit besonders in seinen Anfängen den Besitzern der Produktionsmittel zugute kommt, führt doch kein anderer Weg zum Kübnach des Kapitals.

Ob mit oder ohne Betriebsräte: Die Rationalisierung der Arbeit vollzieht ihren von der historischen Entwicklung vorgeschriebenen Lauf. Die Produktion muß, ob sie will oder nicht, eine Sprosse nach der anderen auf der Leiter der Ergebenigkeit emporklettern. Diese Entwicklung wird kennen oder ihr gar den Weg verrammeln, hieß den Weg zum Sozialismus verrammeln. Das können und wollen die Betriebsräte nicht. Deshalb müssen die Betriebsräte auch hier mitarbeiten und verhindern, daß sich die Rationalisierung der Arbeit auf Kosten der breiten Masse der Arbeiter vollzieht. Nach dem neuesten Diktat der Entente hat diese Befürchtung noch weit mehr Raum als bisher gefunden und es wird notwendig sein, alle Kräfte anzuspannen um zu verhindern, daß neben dem an sich schon stark genug angezogenen Hungerriemen nicht noch eine verstärkte Ausnützung der Arbeitskraft tritt.

Eine möglichst rationelle Produktion wird immer mit einer zweckmäßigen Organisation der Betriebe im engsten Zusammenhang stehen. Diese Organisation muß schon bei dem Bezuge und der Aufbewahrung der Rohmaterialien beginnen. Deshalb ist auch von besonderer Wichtigkeit die Organisation der Fabriklager. Ohne gewisse Vorräte an Rohmaterialien wie Fertigfabrikaten ist kein Betrieb in der Lage, rationell zu arbeiten und wo diese Vorräte fehlen, hat fast immer die Arbeiterschaft den daraus entstehenden Verlust zu tragen. Die richtige Bemessung und der notwendige Vorräte und ihre einwandfreie Lagerung beeinflusst nicht nur in günstiger Weise die Höhe der Fabrikationskosten, sondern befreit auch die Arbeiterschaft von mancher Belastung, die ihre Leistungsfähigkeit nicht unempfindlich hemmt.

Wer besonders in kleinen Betrieben unserer Berufe gearbeitet, weiß ein Lied davon zu singen, welche Beschwerden und Mühseligkeiten aus dem Mangel an Vorräten entspringen. Aber auch in den großen Betrieben, die zumeist nicht unter Mangel, wohl aber unter schlechter Lagerung oder Verwaltung der Rohmaterialien zu leiden haben, wissen die Kollegen von genügend bitteren Ereignissen zu erzählen. Nur all zu oft liegen hier die Gründe, die eine Erhöhung der Leistungen unterbinden. Man sieht wohl die Splitter in der Gesellen Auge, aber die oft massiven Balken im eigenen Auge werden mit einer erstaunlichen Virtuosität ignoriert. Hier einzugreifen und durch geeignete Vorschläge auf Abstellung solcher Mängel zu dringen ist eine Aufgabe der Betriebsräte, die ihnen neben einem weiteren Einblick und Einfluß in und auf den Produktionsprozeß auch zugleich die Anerkennung der Arbeiterschaft sichert, denn manche der Arbeiterschaft lästige Dinge erfahren dann ihre gerechte Korrektur.

In jeder Druckerei ist das notwendigste und wichtigste Rohmaterial das Papier, weshalb seine Lagerung besondere Beachtung verdient. Besonders in unseren Druckereien die fast durchgängig mit mehrfarbigem Bogenruck zu rechnen haben, bildet die Lagerung des Papiers eine Kernfrage. Denn von einer ordnungsgemäßen Lagerung und damit zugleich Temperierung hängt nicht zuletzt das Gelingen einer Arbeit überhaupt ab. Aber welcher unzulänglichen Verhältnissen begegnet man gerade auf diesem Gebiete und wie oft muß man feststellen, daß in geradezu unverantwortlicher Weise mit dem besonders jetzt so teuren Material umgegangen wird. Der Arbeiter muß dann durch inappete Zuteilung den vorher angerichteten Schaden wieder ausgleichen und mit Ärger und Verdruß bezahlen, was mangelhafte Organisation in der Lagerung der Vorräte verschuldet hat.

Und wie es mit dem Papier ist, ist es auch mit Rohmaterial aller anderen Art. Die Lagerung

der Farben spottet oft jeder Beschreibung und die Lagerung der in unseren Berufen notwendigen Chemikalien ist nicht anders. Und wie die Lagerung, ist dann auch die Zuführung der Vorräte zu weiteren Verarbeitung. Jeder rationell arbeitende Betrieb legt Wert darauf, daß auf dem kürzesten Wege und ohne Schwierigkeiten jedes Material nach den Verbrauchsstellen befördert werden kann. Ferner wird bei der Ausgabe der Vorräte Wert darauf gelegt, daß immer die ältesten Vorräte zuerst ausgegeben werden und eine den Verhältnissen entsprechende Masse zur Ausgabe gelangt.

Nicht nur über die Art, sondern auch über die Masse der verausgabten notwendigen Rohmaterialien ist in unseren Betrieben manche Klage zu führen. Gibt es doch auch bei uns noch genügend »Fahmänner«, die glauben, mit einer teufelweisen Ausgabe aller Materialien nicht nur dem Betrieb, sondern dem ganzen Gewerbe einen Dienst zu erweisen. Es ist gewiß notwendig — und eine Gemeinnützigkeit wird ebenso nicht darauf verzichten können — alles vorhandene Gut vor Verschwendung zu bewahren, aber wenn man den nur zu oft vorkommenden Maschinenmeister mit einem kinderfaustgroßen Schwamm auf einem Stein oder einer Zinkplatte 160er Format herumhantieren sieht, überläuft einem doch ein Schauer ob solcher großzügigen Rationalisierung unserer Arbeit. Ähnliche Beispiele vollständig deplazierter Sparsamkeit könnte man noch zu Dutzenden beigebracht werden, die beweisen, welche Rolle, sowohl die Lagerung, wie die Verwaltung und Zuführung der Rohmaterialien wie der Fertigfabrikate in der industriellen Produktion spielen. Doch damit soll es sein Bewenden haben. Es genügt, darauf verwiesen zu haben, wie oft falsch gehandelt wird und wie notwendig es ist, daß die Betriebsräte auch dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit schenken.

Gewiß werden die Betriebsräte auch bei Lösung und durch Mitarbeit auch bei dieser Frage, wie ja immer, mit hartnäckigem Kleinkampf zu rechnen haben, aber solcher Kampf stählt und stärkt und zwingt, auch diese Dinge beherrschen zu lernen. Einen guten Anhalt zur eingehenden Information über dieses Gebiet der Produktion bietet das Heft 9 der Betriebsräte Schriften der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale: *Die Vorräte und ihre Lager in Fabrikbetrieben* vom Ingenieur Otto Künstler. Lehnt sich der Inhalt dieser Schrift auch vorwiegend an die Lagerverhältnisse in Eisen und Maschinenbaubetrieben an, — in diesen Betrieben ist die Organisation der Lager besonders umfangreich — so sind die gegebenen Anregungen doch auch für alle übrigen Betriebszweige von hohem Werte, können dort ebenfalls berücksichtigt werden und geben auch für unsere Betriebe des Guten mancherlei. Auch unsere Betriebsräte finden durch die Winke des Schriftstellers eine gute Unterlage zur praktischen Mitarbeit zwecks Verbesserung einer mangelhaften Betriebsorganisation und manchen Vorschlag können sie zum Nutzen und Wohle der Kollegenschaft und damit auch zum Wohle des Gewerbes und auch der Volksgemeinschaft aus der Abhandlung entnehmen.

Versetzung von der Gruppe B in die Gruppe C. Nach meiner Auffassung ist die Versetzung selbst verständlich. Es zeigt sich jedoch auch hier wieder, daß Fehler beim Abschluß von Tarifen nachher sehr schwer zu beseitigen sind.

Der Kommission ist es auch nicht gelungen, die bei den bekannten Reklamekünstlern beschäftigten Damen und Herren in ihren Bann zu ziehen. Wobei auch hier die bekannte Veranlagung der Zeichner, ähnlich wie bei der Mode, dem Zusammenschluß hinderlich im Wege steht.

Durch selbständige Arbeit ist nach meiner Auffassung für die Zeichner nicht viel zu hoffen. Die Kollegenschaft muß sich nach allen Seiten um Hilfe umsehen. Da sind es nur zwei Momente die uns bedeutend vorwärts bringen können. Erstens müssen bei den kommenden Wahlen zu den Betriebsräten die Zeichner sich so betätigen, daß sie auf alle Fälle eine Vertretung bekommen. Der zweite Weg ist der, daß bei jeder passenden Gelegenheit die Betriebsräte der Gruppe VI auf die in ihren Betrieben beschäftigten Zeichnerinnen und Zeichner aufmerksam gemacht werden. In besonderen Fällen müssen wir dahingehend aufklären, daß schon vor dem Kriege, — nach längeren Grenzstreitigkeiten mit dem damaligen Zeichnerverband, — unsern Verband die Zusammenfassung der Mode- und Reklamezeichner (Graphische Zeichner) übertrugen wurde, wobei nicht der schlechteste Grund die moderne Auffassung der Interessenvertretung in unserm Verbands war. Bei dieser Gelegenheit soll auch zum Ausdruck gebracht werden, daß die tarifliche Regelung durch unsern Verband, ebenfalls vielfach die Schwierigkeit der beruflichen Lage zeigt. Es ist eben immer noch so, daß nur Einigkeit stark macht und Gruppen, die nicht selbst ihre Interessen in die Hand nehmen, durch die Entwicklung ins Hintertreffen kommen.

Darum ihr Mode- und Reklamezeichner: Besinnt euch auf eure Interessen, steht fest zusammen, und es wird gelingen vorwärts zu kommen, dort, wo wir nach unsrer Arbeitsleistung gehören!

**Photogr. Mitarbeiter.**

**Die Breslauer Ortsgruppe der Photographen im Verbands 1920.**

Am 20. Januar 1921 jährte sich zum zweitenmal der Gründungsstag der Breslauer Ortsgruppe von Angestellten der Photographie und es sei deshalb ein kurzer Rückblick auf das verlossene Tätigkeitsjahr gestattet.

War im ersten Jahre die Hauptarbeit der Gründung und dem Aufbau der Organisation, dem Anknüpfen von Lohnverhandlungen gewidmet, so mußte im zweiten Jahre das Hauptaugenmerk auf den weiteren Ausbau unserer Gruppe und auf die Sicherung und Verbesserung der bisher erreichten geringen wirtschaftlichen Vorteile gerichtet sein. — Was die erstere Aufgabe, der weitere Ausbau unserer Organisation betrifft, so sind hier nicht gerade gewaltige Erfolge erzielt worden; es ist vielmehr meist bei den guten Vorsätzen und einigen kleineren Versuchen geblieben. Die Hauptschuld daran trägt die Interesslosigkeit, welche der größte Teil der Kollegenschaft — besonders der noch nicht organisierte — dem Organisierungsgedanken entgegenbringt. Dagegen waren die Bestrebungen, den fortwährend steigenden Lebensverhältnissen angemessene Löhne zu erreichen, von besseren Erfolgen gekrönt, und wenn auch nicht immer alle berechtigten Forderungen durchgesetzt werden konnten, so hat doch der Zusammenschluß der Kollegenschaft den Beweis erbracht, daß nur im geschlossenen Vorgehen dem einzelnen geholfen werden kann. Die heutigen Löhne, soweit sie auch noch von dem Existenzminimum entfernt sein mögen, wären von der Kollegenschaft in persönlicher Vereinbarung heute nur in den seltensten Fällen erreicht — umso mehr, als gerade die Photographie in der Entlohnungsfrage immer mit an letzter Stelle rangierte.

In der ersten Sitzung des verlossenen Berichtsjahres wurde der alte Vorstand neugewählt. Im Mai 1920 legte Kollege Katzbach, welcher bis dahin der Vorsitz führte, aus zwingenden Gründen den selben nieder und an seiner Stelle übernahm Kollege Ludwig, von der Kollegenschaft mit großer Mehrheit gewählt, den Vorsitzendenposten, welchen er seitdem bekleidet. Es sei hier gleich hervorzuheben, daß Kollege Ludwig das ihm entgegengebrachte Vertrauen in allen Fällen durchaus gerechtfertigt und die zahlreichen Arbeiten, die ihm aus der Leitung der Gruppe erwachsen, mit größtem Geschick bewältigt hat. Als Beisitzer trat an Stelle des Kollegen Ludwig Kollege Böhm — im August 1920 trat Kollege Lindner, welcher bis dahin die Stelle des 2. Vorsitzenden innegehabt hatte, infolge Berufswechsels aus dem Verbands aus; an seine Stelle wurde Kollege Hammer gewählt. In dieser Zusammenkunft verblieb der Vorstand bis zum Ende des Berichtsjahres.

Die Hauptanstrengungen des Verbandes mußten bei der wirtschaftlichen Notlage der Angestellten im allgemeinen und der photographischen in ganz besonderem naturgemäß darauf gerichtet sein, der Kollegenschaft wenigstens einigermaßen auskömm-

liche Lebensbedingungen zu erringen. Zu diesem Zwecke wurde im Januar 1920 eine Feuerungszulage von 20 Prozent auf die alten Tariflöhne gefordert und auch von den Unternehmern bewilligt; des gleichen im April desselben Jahres eine Zulage von 40 Prozent. Selbstverständlich konnte die Einwilligung der Unternehmer hierzu erst nach langwierigen Kommissionsverhandlungen erlangt werden und hatten die Mitglieder unserer Lokalkommission, an ihrer Spitze Kollege Katzbach, redliche Mühe damit.

Bei dem fortschreitenden Steigen der Lebensmittelpreise war es notwendig, daß auch die Kollegenschaft erhöhte Forderungen stellte und aus diesem Grunde kündigte unser Verband im Juni 1920 den bestehenden Tarif und legte den Arbeitgebern einen neuen Tarifentwurf vor. Der Annahme dieses Tarifes stand im Anfang die gesamte Unternehmerschaft ablehnend gegenüber und es bedurfte einer Versammlung sowie etlicher Kommissionssitzungen und ganz erheblicher Kleinarbeit unseres Vorsitzenden, um im August 1920 die Annahme unserer Forderungen zu erreichen. Zu erwähnen sei, daß bei dem Abschluß dieses Tarifes Kollege Hänlein vom Verbandsvorstand mit tätig gewesen war — ebenso, daß in diesem Tarif zum ersten Male die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt wurde. — Im Dezember 1920 wurde der Tarif von den Unternehmern gekündigt; am Ende des Berichtsjahres waren die neuen Verhandlungen zwar noch nicht abgeschlossen, doch kann mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen werden, daß das Ergebnis der selben sogar eine kleine Verbesserung der bisherigen Löhne sein wird.

Hatte sich so naturgemäß die meiste Arbeit auf Lohn und Tarifrfragen konzentriert, so wurden doch auch die anderen Aufgaben der Berufsorganisation nicht ganz vernachlässigt. Zur Bereicherung des Wissens wurden an verschiedenen Versammlungsabenden durch berufene Kollegen oder Gäste Vorträge gehalten, so durch Kollegen Formdamm über Lithographie und Steindruck, Kollege Lindner über das Betriebsrätegesetz, Herrn Kunstmaler Scholz über Retouche und Malerei und durch Gewerkschaftssekretär Bosse über die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Zur Ablenkung von den »trockenen« geschäftlichen Verhandlungsstoffen trug des öfteren ein kleines geselliges Beisammensein nach beendeteter geschäftlicher Sitzung bei. Das Ende des alten und Anfang des neuen Verbandsjahres wurde wie im Vorjahre durch ein Stiftungsfest, verbunden mit Tarz, Vorträgen usw. entsprechend gefeiert.

Im großen ganzen können wir mit der Arbeit und den Erfolgen unserer kleinen Gruppe zufrieden sein und sollen uns dieselben ein Ansporn sein, auch im neuen Tätigkeitsjahr nicht nachzulassen und unserer Berufsvertretung das notwendige Interesse entgegen zu bringen. Vor allem muß es unser aller Bestreben sein, die Mitgliederzahl, die am Ende des Jahres sogar ein wenig zurückgegangen war, möglichst groß zu bekommen. Wir sollen uns in diesem Punkte nicht nur auf unsern mit Arbeit überhäuftem Vorsitzenden verlassen, sondern es kann und muß da ein jeder sein Scherlein dazu beisteuern, damit auch der letzte Kollege oder Kollegin in unserem Verbands vertreten ist.

Paul Löffel.

**Die Tapetenbranche.**

**Ortsberichte.**

Dessau. Die unzulänglichen Lohnaufbesserungen, die das Verhandlungsergebnis von Hannover darstellen, sind nicht entfernt geeignet, die Lebenshaltung der Formstecher auf einen erträglichen Grad zu bringen. Herüber dürfte es in den Kreisen der Kollegen nur eine Meinung geben. Das Lohnabkommen, dessen letzte Staffelzulage ab 1. Februar zur Auszahlung kommt neigt sich bereits dem Ende zu. Neue Verhandlungen werden alsbald beginnen müssen. Wenn wir trotz alledem heute noch einmal den Blick rückwärts richten, so deshalb, weil eine in Nr. 4 der »Graphischen Presse« mit »Argus« gezeichnete Abhandlung über die hannoverschen Lohnvereinbarungen eine Kritik am gewerkschaftlichen Können und Willen der Dessauer Kollegen enthält, die weit über die Grenze einer sachlich-anständigen Polemik hinausdringt. Der gewerkschaftlichen Disziplin sollte es widerstreben, auseinandergehende Auffassungen vor den Augen der Unternehmer in Anpöbelungen zu kleiden. »Argus« der uns sehr wohl bekannt ist, blieb es vorbehalten, dieses Verfahren in Anwendung zu bringen. Seine durchaus berechtigte Kritik an der wirtschaftlichen Notlage der Formstecher und deren Ursachen hätten einen weit besseren Eindruck hinterlassen, wenn er sich auf sachliches beschränkt hätte. So aber fühlt er, wie seit den Revolutionstagen leider auch so mancher im großen Heer der Arbeiterbewegung, den Beruf zum Warner und Prediger in sich und fängt an, vermeintlich gute Ratschläge zu erteilen. Die Dessauer Kollegen sind noch immer der Belehrung zugänglich, sobald sie aus dem Munde berufener, gewerkschaftlich erfahrener und geschulter Kollegen kommt, deren Verdienste um die Formstecher etwas weiter als reichlich zwei Jahre zurückdatieren. »Argus« hat selbst vor und nach der Revolution in Dessau

**Der Lithograph.**

**Reklamezeichner.**

Die im vorigen Artikel skizzierten Schwierigkeiten für die Organisation der Modezeichnerinnen und Modezeichner, treffen auch für die Berliner Reklamezeichner zu. Der Zeichnerkommission waren auch auf diesem Gebiete keine beachtenswerten Erfolge beschieden. Es waren auch hier zum größten Teil dieselben Widerstände vorhanden, Widerstände denen auf die Dauer nach altem Rezept nicht beizukommen ist.

Die in den Ateliers beschäftigten Kollegen hatten ebenfalls alle Hände voll zu tun, der allgemeinen Entwicklung zu folgen. Das Gros dieser Kollegen fiel unter den Tarif der Angestellten des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes. So interessant es nun wäre, die Rückwirkung der wirtschaftlichen Lage auf diese Berufsgruppe an der Hand von tatsächlichen Vorkommnissen zu beleuchten, soll es hier aus taktischen Gründen unterbleiben.

Der angeführte Tarif staffelt sich in verschiedene Gruppen A, B, C usw. Da für unsere Kollegen folgender Nachsatz des Tarifes vorgesehen ist, soll er hier folgen: Gebrauchsgraphiker, Zeichner und dergleichen rechnen nicht zu den kaufmännisch Angestellten. Solange sie keinen eigenen Tarif haben, soll der kaufmännische auf sie sinngemäß angewendet werden. Die Lehrzeit ist im allgemeinen eine vierjährige. Die Bezahlung erfolgt nach den Leistungen. Arbeitszeit, Urlaubsdauer, Rechtsverhältnisse und Schlichtung von Streitigkeiten richten sich nach dem Tarif für kaufmännische Angestellte.

Die Tatsache, daß dieser Absatz dem Tarif angehängt ist, beweist zur Genüge den Grad der Interessenvertretung für unsere Kollegen. Alles ist im Notfall durch den Tarif geregelt bis auf das Wichtigste: die Bezahlung. Als kleine Gruppe müssen unsere Kollegen dabei schlecht zu ihrem Rechte kommen! Wir wissen ja alle wie schwer es heute ist nach Leistung bezahlt zu werden. Seit beinahe Jahresfrist kämpft eine Gruppe um die

gewirkt — in der letzteren Periode mit etwas mehr Ruhm als in der ersteren — und er sollte bescheiden genug sein in der Beurteilung der gewerkschaftlichen Ergebnisse der Dessauer Kollegen einschlägigen Urteiles sich zu enthalten. Das Rückgrat der Dessauer Kollegen war, im Gegensatz zu mandatorischer dem in der vorrevolutionärer Zeit die Notwendigkeit der gewerkschaftlicher Organisation nicht einleuchtend wollte, noch immer fest und wird es auch in Zukunft bleiben. Einer Verleumdung Eilenburger Herr Dessau berechnete wie ab Herr Broose dem anderswo immer rüber zu verpflanzen vorgufunden? Hat er nicht nicht weizen katzenlichem Arbeitsmangel an der Spitze? Ist ihm etwa unbekannt geblieben, dass eben als beinahe 500 Kollegen, die nur noch rund 150 im Berufe tätig sind? Hat August schon die vielen, oftmals lächerlichen Verhandlungen mit der Firma Jentzsch vergessen, die notwendig waren zur Wahrung der Interessen der Kollegen? Unser letzter Artikel der in Südhessen in der »Graphischen Presse« erschien, soll ein »Kampfsprodukt« und »Jammerlappen« gewesen sein! Diese Pfeile sind geeignet, auf die Schützen zurückzufallen. Kollege Argutäre klappt, an die im Kapitel nicht zu rühn. Wenn es zu den wenigen Auserwählten gehört, die sich nicht den Hammer schwingen konnten, dann sei es ihm gegönnt. Mag er lieber rasches in gebührender Bescheidenheit an der materielle und wirtschaftlichen Besserstellung der Kollegen mitarbeiten. Hüte er sich aber vor einer Kritik, die geeignet ist, zum Schaden der Kollegen in widerlicher Maulaufbläherei aufzugehen.

**Einbeck, Formstecher.** Unsere am 10. Februar statt findende Moratsversammlung beschäftigte sich mit den nächsten Verhandlungen. Sämtliche Kollegen waren der Ansicht, daß bei den nächsten Verhandlungen unbedingt etwas zur Besserung unserer Lage erreicht werden müsse. Stehen doch unsere Löhne zu der herrschenden Teuerung in gar keinem Verhältnis. Denn unsere Löhne reichen gerade hin, um die unbedingt nötigen Lebensmittel zu beschaffen, so daß an eine Anschaffung der nötigsten Kleidungsstücke und sonstiger notwendigen Haushaltsgegenstände gar nicht zu denken ist. Die Einbecker Kollegen haben das Vegetieren satt und fordern deshalb vom Verbandsvorstand und den anwesenden Delegierten daß sie alle Mittel anwenden, um so viel zu erreichen, daß auch die Formstecher als Menschen leben können. Alle Kollegen erklären, wenn nötig, auch die notwendigen Opfer tragen zu wollen.

Mit welchem schmutzigen Mitteln von seiten der Unternehmer immer noch gearbeitet wird, zeigt uns ein Inserat in einer Eilenburger Tageszeitung. In dieser Zeitung sucht die allgemein bekannte Firma Vöckel mehrere tüchtige Heimarbeiter. Diese Firma brachte es sogar fertig einem älteren Kollegen, der zirka 20 Jahre bei genannter Firma gearbeitet, aber immer noch ein flotter Siedler ist, sage und schreibe pro Stunde 3 Mark zu bieten, in einer Klage, die von seiten der hiesigen Kollegen gegen Vöckel eingeleitet war, erreichten

wir, daß er dem Lehrling, der pro Woche nur 6 Mark erhielt, 300 Mark nachbezahlen und von jetzt ab den tarifmäßigen Lohn zahlen muß. Die Klage in derselben Sache gegen die Firma Zeit wurde vertagt und findet am 17. Februar 1921 der neue Termin statt.

Zum Schluß fordern wir nochmals sämtliche Kollegen auf bereit zu sein wenn es bei den nächsten Verhandlungen zum Kampf kommen sollte, daß wir einig und geschlossen dastehen.



**Senefelders Charakterzüge.**

Zu seinem Todestage am 26. Februar 1834.

Von Adolf Blum.

Ernst, reich bewegt war das Leben unseres Meisters, heiter und erträglich machte es ihm seine Kunst. Es gleicht nicht dem ruhigen und weitabgewandtem Lebensgang des sich in Geduld üben den Grüblers und Erfinders, der in seinem stillen Kämmerlein oder Laboratorium die meiste Zeit seiner Tage verbringt. Er trieb ja das Erfinden zu seinem Lebensfortkommen, eng verbunden mit der täglichen Praxis entstand alle, mitten heraus aus der Zeit, ihren Verhältnissen, den Bedürfnissen. Die Welt wartete sozusagen auf diese einfache, billige und schnelle Druckart; das zeigte schon die rasche Verbreitung über die ganze zivilisierte Welt innerhalb weniger Jahrzehnte.

Gleich zu Anfang seiner Laufbahn hat ihm der Ernst des Lebens gar arg mitgespielt. Der Vater starb früh und so gleich setzte der Kampf ums Dasein scharf ein. Da war zunächst seine Schriftstellerhoffnung auf den Selbstdruck seiner Werke. Diese irrg er jedoch bald trüben Herzens aufgegeben haben. Fortan widmete er sich technischen Studien. Oftmals wird ihm da ein Erbe seines Vaters, der heitere Schauspielersinn, zu Hilfe gekommen sein, als manches nicht glückte, zuweilen alles so hoffnungslos aussah und die ewigen Sorgen und Nöte erbarmungslos drängten. Doch von unverkennbarem Idealismus erfüllt, setz sich bei ihm immer wieder sein lebendiger Hoffnungsgeist durch. Die Augen voll lichten dichterischen Glanz nimmt er sich den Kampf wieder auf. So, im Widerstreit der Gefühle, noch ganz Dichter, einen schmerzlichen hohen Zug auf den Lippen, mag er im jungen Mannesalter ausgeschauf haben, wie man ihn manchmal auf Bildern sieht; das Haar in wilden Strähnen; auf äußere Korrektheit, geschneidert und gebügelt, darauf hat ein dramatischer Dichterling nie Wert gelegt. Auch in vielen Gipsbüsten tritt das dichterische stark hervor; doch scheint die schwärmerische Lebenszuversicht hier durch die abstrakte Bildnisform ein wenig zurückgedrängt. In noch anderen Gipsen tritt diese Ruhe des geistlichen Überduschseins und der Untätigkeit so sehr hervor, daß sich darin der Meister wohl selbst nicht gefällt. Allenfalls ging's noch für

sein späteres Alter, wo die Züge des nimmer müden Forschers und Experimentierers ein leidendes Abgeklärte sein ein Ruheerwerden anzunehmen begann. Jedenfalls aber nicht der Gips, Charakterzüge zu eindeutig zu manifestieren.

Den harten Lebenskampf, das gewaltige Wollen unseres Meisters, die Charakterzüge wahr und unverfälscht, offenbart noch am eindringlichsten das letzte Kontierfeil des Lebens: des Meisters Totenmaske. Hier stempelt der Allbezwinger nochmals dem Erfinder all sein Durchlebens dieses Erdendaseins auf. Unverkennbar kundet sich hier, trotz leichten Anzeigens von Abgeklärtheit, sein ungebrochener, stählerner Wille, der ihn über alle Hemmnisse, Enttäuschungen und Mißfolge in seinem Leben siegen haift. Doch deutlich ist es ihm auch anzusehen, nicht als Vollender und Vollbringer aller ihm vorschwebenden Ideen, immer noch als prometheisch Ringerder, zum höchsten Strebender will er den herannahenden Sensemännern zu verstehen geben: Noch nicht, es ist noch zu wenig des Geleisteten! In der halb lässig, halb bewußt stolzen Lippe ein trotziger Beethoven, als welcher er die einst stumm, nun erweckten Sprachlaute des totscheidenden Materials zu noch bewußterem Leben, zu höherer Klangwirkung bringen will: wenn schon der Stein der tektonischen Form, die Architektur, gefrorene Musik ist, warum nicht sollte er in zeichnerisch gestalter der Kunstform das Höchste geben. — Urd dann: Große Ideale flammen noch am Himmel; sie herunter zu holen, der Zukunft Möglichkeiten schon in der Gegenwart der Menschheit zu schenken. . . . Doch der Tod gebietet, und auch der Prometheus »Menschenschicksal« muß sich erfüllen. Lang ist die Kunst und nur kurz ist das Leben, wie viel bleibt unvollendet!

Und nun Kollegen, auch ihr Klein-Zahlstelligen, euer Senefelder auf den kommenden Festschriften und Zeitungen — schon dem Meister zu Ehren — irgend wie anregend sollte sein Bild schon schmücken. Nur nicht so photographienhaft und künstlich; meinerwegen noch schönling à la Apoll, wie auf unserer Festschrift vor 8 Jahren; hier durch Zufalls Gnaden, ungewollt: doch göttergleich! Nur die Aufschrift in diesem Fall recht deutlich, keine Vorspiegelung, als ob wir einen leibhaftigen Gott zum Schutzheiligen hätten.

Noch eins: eine große, weit sich breitere Güte muß aus seinen Augen, seinem ganzen Wesen sprechen. Hilfsbereit opferte er den größten Teil eines seit langem einzigen Einkommens der Familie seines Mitarbeiters und einstigen Helfers: »Was soll ich mit dem Gelde, mir eine Uhr oder einen Anzug kaufen?« Das erscheint ihm überflüssiger Luxus gegenüber Bedürftigem in dem Haushalt seines Freundes. Darum nochmals: Ehre seinem Andenken!

**Tüchtiger**  
**Merkantil-Lithograph**  
für Entwurf und Gravur  
und ein  
**tüchtiger Maschinenmeister**  
für Steindruckpressen, Format 85x115 cm  
gesucht.  
**Gebrüder Reidel, Augsburg.**

**Auto-Ätzer**  
fleißig, umsichtig und selbständig arbeitend, sofort in dauernde Stellung gesucht.  
**Böhme & Co.,**  
Kommandit Gesellschaft,  
Magdeburg.

**Suche 1 Airographen und 1 Air Brush (Rochford) neu oder gebraucht, sofort zu kaufen**  
**Julius Löbenstein,**  
Berlin-Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 241.

**Durchlichtung.**  
Auf gekörnte und glatte Zinkplatten verwendbar. Das einfachste und absolut sicherste Copierverfahren. D. R. P. Ph. Müller. Auskunft und Verkauf durch **Karl Mess, Berlin SO. 36,** Wiener Straße 50.



**Teilschuldverschreibungen**

der Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg

Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mk.

Verzinsung im Jahr

**5 1/2 %**

Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufordern bei der Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52